

## KoMa gründet Einwendergemeinschaft Hilfe für Einwendungen unter [www.einspruch-kohlekraftwerk.de](http://www.einspruch-kohlekraftwerk.de)

Mainz, 2.1.2007. Mit der Gründung der Einwendergemeinschaft gegen das Mainzer Kohlekraftwerk (EG KoMa) reagiert die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V. (KoMa) auf das laufende Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk. Ziel ist es durch die Ausarbeitung von juristisch, wie fachlich fundierten Einwendungen die Vorbehalte gegen das Projekt ins Genehmigungsverfahren einzubringen. Die Mitgliedschaft kostet einmalig 25 Euro. Schon jetzt verfügt die Einwendergemeinschaft über 70 Mitglieder. „Mit den Beiträgen sind wir nun z.B. in der Lage, einen Anwalt mit der Prüfung der Antragsunterlagen zu beauftragen“, erklärt der KoMa-Vorsitzende Christof Schulz den Sinn der Einwendergemeinschaft. „Wir sind überzeugt, dass ein solches klimaschädliches Großkraftwerk in einem Ballungsraum wie Mainz-Wiesbaden heute nicht mehr genehmigungsfähig ist. **Da unsere Lokalpolitiker jegliches kritische Denken ausgeschaltet haben und das Projekt bloß durchwinken, obliegt es nun leider alleine den Anwohnern, für Ihre Interessen einzutreten. Auf die Stadt ist jedenfalls kein Verlass!**“ So wurde beispielsweise die Warnung von 160 Ärzten vor der Luftbelastung in Mainz von der Mainzer SPD schlichtweg als „Panikmache im Stile von Sektenpredigern“ diffamiert.

Um möglichst effektiv arbeiten zu können braucht die Einwendergemeinschaft viele Mitglieder. Aus diesem Grund ruft KoMa alle Gegner des Kraftwerks auf, der Einwendergemeinschaft beizutreten. **Mitgliedsanträge sind unter [www.einspruch-kohlekraftwerk.de](http://www.einspruch-kohlekraftwerk.de) zu finden.** „Wir sind überzeugt, dass die 25 Euro sehr gut angelegt sein werden“, so Schulz. „Immerhin ist die Alternative, für die nächsten 40 Jahre ein Betonklotz mit Schornstein vor die Nase gesetzt zu bekommen, das neben Unmengen an Schwermetallen, Feinstaub und Stickoxiden deutlich mehr CO2 ausstoßen soll, als der gesamte Rest der Landeshauptstadt (inkl. Industrie, Verkehr und Heizungen).“

Nur in den nächsten sechs Wochen haben Bürger die Möglichkeit, ihre Vorbehalte gegen das Projekt bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, der SGD Süd, vorbringen. „Nur wer in den nächsten sechs Wochen eine Einwendung abgibt hat auch das Recht beim anschließenden Erörterungstermin seine vorgebrachten Einwände näher zu konkretisieren“, warnt Schulz. „Auch der Klageweg bleibt nur jenen erhalten, die jetzt eine Einwendung abgeben.“

Damit jeder Bürger von diesem Recht auch Gebrauch macht hat KoMa eine Reihe von **standardisierter Einwendungen** zu den wichtigsten Kritikpunkten am Kohlekraftwerk ausgearbeitet. **Diese können ebenfalls unter [www.einspruch-kohlekraftwerk.de](http://www.einspruch-kohlekraftwerk.de) herunter geladen werden** und unterschrieben direkt an die Genehmigungsbehörde geschickt werden. „Noch besser ist es natürlich, wenn Bürger eine individuelle Einwendung abgeben, weil nur so sicher gestellt ist, dass die eigenen Vorbehalte auch in ihrer Gänze vorgebracht wurden“, erklärt Schulz.

Auch an Informations-Ständen wird KoMa an den kommenden Samstagen in der Mainzer Innenstadt über Möglichkeiten, als Bürger am Genehmigungsverfahren Teil zu haben, informieren. Unter anderem sind an den Ständen auch die vorgefertigten Einwendungen zu haben.

Dass auch Kohlekraftwerke verhindert werden können, von denen es hieß, sie seien beschlossene Sache, wurde in den letzten Monaten gleich mehrfach vorgemacht:

In **Bremen** wurden die Planungen für ein vergleichbares Kraftwerk mangels Wirtschaftlichkeit gestoppt, obwohl das Kraftwerk (wie in Mainz) schon bestellt war.

Vor wenigen Wochen wurden dann zunächst im **saarländischen Ensdorf** und anschließend in **Krefeld/Ürdingen** zwei Kraftwerksprojekte gestoppt – beide Male auf Druck der Bevölkerung hin. In beiden Fällen stand die Lokal-Politik zunächst zu den Kraftwerksplänen.

Und auch im hessischen **Staudingen** haben die Kraftwerksgegner einen Teilerfolg vorzuweisen: Für das dort geplante Kraftwerk muss ein Raumordungsverfahren durchgeführt werden, bei dem die Auswirkungen des Projekts intensiver geprüft werden – ein Verfahren, das Ministerpräsident Beck den Mainzer Bürgern bis heute vorenthält.

Diese Beispiele zeigen nach Ansicht von KoMa, dass der Protest durchaus Erfolg haben kann, auch wenn einem Lokalpolitiker einreden möchten, es sei alles beschlossen. Mit dieser Hoffnung verspricht KoMa der Mainzer Politik, sowie den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden ein „heißes Jahr 2008“.